

Ausverkauf des Geistes

Das „Kulturstatut“ der SED – Dilemma um den Schriftstellerkongreß

Seit anderthalb Jahren wird in der Sowjetzone von Monat zu Monat jener Schriftsteller-Kongreß verschoben, auf dem die SED „eindeutig zu Fragen der Kunst und Literatur Stellung nehmen“ will. Nun ist es nicht länger zu umgehen: Im November treten Partei und Schriftsteller vor die Öffentlichkeit, um das darzulegen, was seit dem Bestehen der Zonenrepublik literarisch geschaffen wurde und – vor allem – was in den nächsten Jahren geschrieben werden soll. Es ist eine einmalige und kuriose Planungsarbeit: Der Staat verteilt die Themen und setzt die Romanhelden fest, der Schriftsteller verpflichtet sich, „das Werk“ zu schaffen. Selbst die Parteilente nennen das, was nun kommt, witzelnd „das Kulturstatut“.

In Wirklichkeit entbehrt dieses Geschehen nicht der Tragik: In einem Drittel Deutschlands ist seit einem Jahrzehnt nicht ein einziges Buch geschrieben worden, das in die Literaturgeschichte aufgenommen werden kann oder auch nur geeignet ist, über die in diesem Teil Deutschlands entstandenen Konflikte auszusagen. Niemand empfindet das auf andere Art bitterer als die SED: Sie will ja gerade auf kulturellem Gebiet in das „große Gespräch“ treten, mit der „eigenen Aussage“ konkurrieren.

Im „gläsernen Turm“

Ein Blick in die ostzonalen Verlagskataloge enthüllt das Dilemma. Alle heute in der Zone lebenden Schriftsteller leben ausnahmslos von ihrem literarischen Schaffen aus der Zeit der Weimarer Republik. Bereits die Emigration nach 1933 zieht eine Trennungslinie: Was in der Sowjetunion oder in anderem Exil mit deren Geld geschrieben wurde, geht an der Wirklichkeit vorbei und ist kommunistisches Zeitungsfeuilleton. Das andere aber ist verboten, dekadent...

Und das danach? Die ersten wirklich ehrlich suchenden Bücher sind nie wieder verlegt worden. Zum Teil hat man sie auf den Index gesetzt. Dann aber kam die große Öde: Män-

ner wie Bert Brecht widerriefen ihr eigenes Werk, wenn es die Staatsraison erforderte, und wurden dafür mit hochdotierten Literaturpreisen belohnt. Andere, die sich literarische Verdienste erworben hatten, wie Ludwig Renn und Arnold Zweig, wurden in einem vom Staat finanzierten „gläsernen Turm“ gesetzt und hörten fortan auf zu schreiben. Eine Zeitlang mokierten sich noch die Zeitungen darüber: „Warum schweigen unsere ‚Alten‘?“ dann fand man sich auch damit ab. Der „Ausverkauf des Geistes“ war total.

„Ingenieure der Seele“

Stalin hatte den Schriftsteller einen „Ingenieur der Seele“ genannt und damit die ganze Problematik beim Schopf gefaßt. Ein Ingenieur formt die Maschine, niemand ließe ihn zur Operation an ein Krankenbett. Der Schriftsteller aber muß in erster Linie die Seele der Menschen kennen, für die er schreibt. Und was verlangt die SED von ihm? Er soll den Menschen von heute schildern, wie er im kommunistischen Idealzustand auszusehen hat.

So entsteht die Schablonenliteratur, die im Osten handelsüblich ist. Die SED erfreut sich an ihrer Ungefährlichkeit und empfindet ihre literarische An-

spruchslosigkeit zugleich als kulturelle Schmach.

Das ist das Problem dieses SED - Schriftstellerkongresses. Gewiß, der „Nachwuchs“ ist zahlreich vertreten, vom Staat herangepöppelt: Die Armin Müller, Günther Deicke, Bernhard Seeger und andere mehr, in Schriftsteller-Lehrgängen in Bad Saarow ausgebildet. Aber selbst die SED wagt es nicht, diesen einen der sonst zahlreichen Literaturpreise zu verleihen.

Literatur und Plan

Was den bevorstehenden und schon jetzt heiß diskutierten Kongreß wiederum zum Scheitern bringen muß, ist die neuerliche Verknüpfung von Forderungen der Partei mit Erfordernissen der Literatur. Die Planerfüllung und der dazu erforderliche „Arbeitsenthusiasmus“ bilden den vorgezeichneten Mittelpunkt der 1956er Literatur. Jeder der „Alten“ soll für ein halbes Jahr in ein Kombinat um „das Leben zu erleben“.

Der einstige Amerika-Emigrant Stefan Heym hat in unwissender Naivität kürzlich geschrieben: „Wir leben alle auf dem Mond. Die Menschen, die wir beschreiben, gibt es nirgends und nie!“ Wie eine Meute getretener Hunde haben sich die Angesprochenen auf ihn gestürzt und er – Heym – hat sich rasch widerrufen. Sein Lohn: Der ihm bereits zugebilligte Nationalpreis für 1955 wurde an Erwin Strittmatter vergeben. Für ein Buch über den positiven Helden im Dorf-Kollektiv. Darum soll man die Szene im November nicht unterschätzen. Hier rollt mehr ab als nur ein Schriftsteller-Kongreß: Hier offenbart sich die geistige Situation eines dem Geist abholden Regimes...

Zu Hause in Berlin

DT. Die kommende Woche wird für Berlin im Zeichen des Bundestages stehen. Ausschüsse des Bonner Parlaments haben schon oft in unserer Stadt getagt, vor allem der gesamtdeutsche Ausschuß, der seiner Aufgabe wegen mit Berlin besonders verbunden und häufig unser Gast ist. Im vergangenen Jahr fand der große Verfassungsakt der Wahl des Bundespräsidenten statt, der also in Berlin, von dem Vertrauen der Bundesversammlung getragen, seine zweite Amtsperiode begann. Zum erstenmal aber wird sich in den nächsten Tagen der Bundestag selbst hier zu einer Arbeitstagung versammeln und wichtige Beratungen abhalten.

Die Berliner empfinden hierüber eine große Genugtuung. Das ist nämlich die Erfüllung eines Wunsches, den sie seit langem geäußert haben. Sie haben das Gefühl, daß das deutsche Parlament nun an der Stelle tagen wird, an die es gehört, einmal zu Hause in Berlin.

Ein schreiender Kontrast

Das deutsche Parlament ist der Bundestag schon heute. Dieses höchste Organ der Bundesrepublik, in der Verfassung allen anderen vorangestellt, ist die einzige aus freien Wahlen hervorgegangene deutsche Volksvertretung, der das Recht gehört, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie wurde vom Volk wirklich frei gewählt, die Staatsbürger hatten im echten Sinne des Wortes wirklich „die Wahl“ zwischen verschiedenen politischen Gruppen und Richtungen, die selbst wiederum aus dem Willen des Volkes erwachsen sind. Die Staatsbürger hatten sogar die Möglichkeit, eine so fremde Partei wie die Kommunisten zu wählen — und haben sie aus dem Bundestag hinausgewählt.

Dieses Parlament ist also der Ausdruck freien demokratischen Volkswillens. Aus eigenem Recht und unabhängig steht es auch der Regierung gegenüber: Organ der Gesetzgebung und der demokratischen Kontrolle der Regierungsführung. Keine Macht ist neben oder über ihm, der es

sich beugen müßte, außer der Verfassung, auf die es verpflichtet ist.

Zwischen diesem deutschen Bundestag und der sogenannten Volkskammer Pankows, diesem Gebilde einer diktatorischen Staatsschöpfung, liegt trennend eine ganze Welt. Die Volkskammer, die den Anspruch erhebt, nicht nur der Sprecher, sondern sogar die Zukunft Deutschlands zu sein, ist weder „gewählt“, noch ist sie ein Parlament, noch ist sie überhaupt eine aus eigenem Recht frei und unabhängig bestehende Körperschaft. So wie in den „Wahlen“ das Volk der Zone dem Zwang der Einheitsliste ausgesetzt ist, so unterliegt diese „Volksvertretung“ dem Zwang der von der kommunistischen Diktatur befohlenen Einheitsmeinung. Sie ist, ebenso wie die Regierung, nur ein Werkzeug der von der kommunistischen SED ausgeübten Diktatur, völlig abhängig von ihr und völlig unfähig zu einer eigenen Meinung. Sie sagt auf Befehl ja und auf Befehl nein. Auf Befehl bricht sie in Jubel aus und auf Befehl in Empörung — gegen die westliche Welt natürlich, weil sie ihr gegenüber den Komplex der absoluten Minderwertigkeit hat.

Beides steht nun für einige Tage in Berlin einander gegenüber, — ein zum Himmel schreiender Kontrast, der das an Deutschland begangene Unrecht der Spaltung mit einem neuen Bilde deutlich macht. Welche der beiden deutschen Volksvertretungen das deutsche Volk vertritt: diese Frage, die in den stillen Herzen der Zonenbevölkerung längst entschieden ist, würde von ihr morgen mit lautem Jubel beantwortet werden, wenn ihr die Möglichkeit hierzu gegeben wäre. Der Bundestag kommt also nicht nur nach Berlin, das mit ihm unlösbar verbunden ist, er spricht auch von hier zu den Deutschen der Zone. Sie sind an erster Stelle gemeint, wenn es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, daß das deutsche Volk, indem es sich für eine Übergangszeit diese Verfassung gab, „auch für jene Deutschen gehandelt hat, denen mitzuwirken versagt war“. Hier in Berlin, auf der freien Insel mitten im Raum einer fremden Diktatur, kommt deshalb der Bundestag seiner Auf-

gabe, für das ganze deutsche Volk zu sprechen und zu handeln, am nächsten. Hier wird ihm aber auch ein anderer Satz aus der Präambel des Grundgesetzes besonders stark zum Bewußtsein gebracht: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefodert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Auf dem Gewissen des Westens

Die Dringlichkeit dieser Aufgabe verspürt unter dem Eindruck der gespaltenen und geschundenen Reichshauptstadt sogar der Ausländer, der hier weilte. Es war ein so weitsichtiger Beobachter wie George Kennan, der dieser Tage erklärte, daß ihm die Tragik und die Dringlichkeit der deutschen Frage mit jedem Tag seines Aufenthalts in Berlin klarer geworden seien. Er fügt das schwere Wort hinzu, daß im Hinblick auf die in der Vergangenheit begangenen Fehler das Schicksal Berlins „auf dem westlichen Gewissen liege“. Der Westen weiß das. Er kennt diese Gewissensfrage und steht zu den Verpflichtungen, die sie ihm für Berlin auferlegt.

Berlin liegt aber auch auf dem Gewissen des Bundestages, der Bundesregierung und Westdeutschlands überhaupt. Wir meinen das nicht als Gewissensdruck vergangener Fehler, die in diesem Falle nicht bestehen, sondern als die Gewissensfrage einer großen nationalen Aufgabe und Verpflichtung. Die Anwesenheit des Bundestages in unserer Stadt ist ein neues Zeichen dafür, daß er zu dieser Verpflichtung und Aufgabe steht. Die Tage in Berlin werden ihm Einsichten und Erfahrungen vermitteln, die ihm die Dringlichkeit einer Lösung der deutschen Frage noch stärker ins Gewissen rufen. Ein Blick über die quer durch Berlin gezogene Trennungslinie zweier Welten wird ihm auch die Grenzen der Lösung deutlicher sichtbar machen. Sie liegen dort, wo nach menschlichem Ermessen die Gefahr beginnt, daß der Weg zur Wiedervereinigung gegen den erklärten Willen des Volkes als ein Weg zur Bolschewisierung ganz Deutschlands mißbraucht werden könnte.

Peking rationiert Lebensmittel

London (Eigenmeldung). Nach einer Meldung von Radio Peking wird die bisher nur in einigen Provinzen bestehende Rationierung von Lebensmitteln auf das ganze Gebiet der Volksrepublik ausgedehnt werden. Die Rationierung soll sich auf alle Grundnahrungsmittel erstrecken. Als Termin wurde der 1. November genannt.

Um die gemeinsame Zukunft

Deutsch-französische Aussprache in Bad Neuenahr

Bad Neuenahr (AP/DPA). Unter dem Motto „Die gemeinsame Zukunft“ fand in Bad Neuenahr eine deutsch-französische Konferenz statt. An dem Treffen, das von Bundespräsident Professor Heuss eröffnet wurde, nahmen rund 80 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beider Nationen teil. Heuss sagte, er dürfe mit Zuversicht damit rechnen, daß im Verhältnis Deutschland-Frankreich „nicht an Wunden gerieben wird, die heilen müssen“.

Der sozialistische Politiker Pineau erklärte, Frankreich sei bereit, alles zu tun, um Deutschland in seinem Wunsch nach Wiedervereinigung zu helfen. Man sei in Frankreich allerdings davon überzeugt, daß das Zugeständnis der Sowjetunion zu einer Wiedervereinigung zu einem hohen Preis erkauft werden müsse.

Im Mittelpunkt der Aussprache stand am Nachmittag auf französischer Seite die Besorgnis, in der deutschen Politik könne sich nach den Moskauer Besprechun-

Tito will in den Europarat

Belgrad (AP). Jugoslawien hat jetzt den Wunsch nach einer möglichst engen Zusammenarbeit mit dem Europarat ausgesprochen. Wie verlautet zieht Jugoslawien zunächst die Entsendung eines Beobachters in den Europarat in Betracht. Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit müßten dann vom Europarat oder der Beratenden Versammlung des Rates kommen.

Rote Kriegsmacht bedrohlich

NATO: Sowjets stärker denn je — Beunruhigende Zunahme

Paris (AP/DPA). Über eine bedrohliche Zunahme des sowjetischen Kriegspotentials berichteten zwei führende Mitglieder der NATO auf einer dreitägigen Geheimkonferenz. Der amerikanische Admiral Wright teilte mit, daß die Sowjets eine U-Boot-Flotte von „mehr als 300“ Fahrzeugen besäßen und damit über mehr U-Boote verfügen als alle übrigen Staaten der Welt zusammengenommen.

Der britische Vertreter im ständigen Militärausschuß der NATO in Washington, General

Whiteley, schilderte die Sowjetunion als militärisch stärker denn je. Dies gelte besonders für die Luftwaffe. Aber auch auf dem Gebiet der Atom- und der U-Boot-Waffe seien die Fortschritte der Sowjetunion weit größer, als man noch vor einigen Jahren geglaubt habe. Die angekündigte Herabsetzung der sowjetischen Aktivkräfte nannte Whiteley unbedeutend.

Antwort an Bulgarien

Denver (DPA). US-Präsident Eisenhower hat in einem Schreiben einen sowjetischen Vorschlag befürwortet, der eine Stationierung militärischer Inspektionsgruppen in wichtigen Punkten der USA und der Sowjetunion vorsieht.

Zur Bedingung wird dabei jedoch gemacht, daß die Maßnahme zur Besserung der gegenseitigen Beziehungen beiträgt.

Eisenhowers Schreiben ist an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin gerichtet und beantwortet einen Brief des Marschalls vom 19. September.

Appell an die Außenminister

Praktische Maßnahmen zur Wiedervereinigung gefordert

Bonn (AP/DPA). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat in einem Appell an die Teilnehmer der bevorstehenden Genfer Außenministerkonferenz praktische Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands gefordert.

In gleichlautenden Schreiben an die Außenminister der USA, Großbritannien, Frankreichs und der Sowjetunion betont das Kuratorium, daß die Entwicklung der internationalen Verhandlungen über die deutsche Einheit in Freiheit keinen Fortschritt erzielt hat. Auf einer Zusammenkunft von Vertretern der Ortskuratorien aus allen Teilen der Bundesrepublik und

aus Berlin habe das Kuratorium festgestellt, mit welcher Sorge diese Tatsache das deutsche Volk erfüllt.

Israel ersucht um Schutz

Washington (DPA). Die israelische Regierung hat die USA um eine Sicherheitsgarantie und um erheblich vermehrte Waffenlieferungen ersucht, damit ein Gegengewicht gegen die versprochenen Waffenlieferungen aus Ostblockstaaten an Ägypten geschaffen wird.

Die israelische Forderung wurde dem amerikanischen Staatssekretär Allen von dem israelischen Botschafter in Washington Eban vorgetragen.

Im Dienst der Nächstenliebe

Bilanz des Evangelischen Hilfswerks

Berlin (Eigenbericht). Der größte Teil der Spenden, die über das Evangelische Hilfswerk aus dem Ausland nach Deutschland kamen, ist seit 1951 im Westen Deutschlands geblieben. Etwa zehn Prozent nur konnten in die Sowjetzone geleitet werden. Dies teilte der Leiter des Berliner Hilfswerkbüros, Pfarrer Christian Berg, auf einer Pressekonferenz anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Evangelischen Hilfswerks mit.

Im Jahre 1951 wurden die kirchlichen Dienststellen von der Sowjetzonenregierung darauf hingewiesen, daß es nicht erwünscht sei, in der „DDR“ Hilfswerkspenden zu verteilen. Es wurde dem Hilfswerk lediglich eine Genehmigung für Sonderkontingente zugunsten kirchlicher Anstalten erteilt. Pfarrer Berg betonte in diesem Zusammenhang, daß es der Grundsatz der gesamten Hilfsarbeit sei, die karitative Hilfe nicht politisch verzerren zu lassen.

Das Evangelische Hilfswerk hat vom 1. Oktober 1945 bis zum 30. Juni 1955 mehr als 114 Mill. Kilogramm Sachspenden im Werte von mehr als 300 Mill. D-Mark aus dem Ausland erhalten und verteilt. Dazu kamen 50,47 Mill. DM Geldspenden. An diesen Zahlen sind die Kirchen der USA mit über 70 Prozent beteiligt.

In Deutschland selbst wurden 231,6 Mill. DM gesammelt. Seit 1952 ist Deutschland auch aktiv am Spendenprogramm beteiligt und hat für Flüchtlinge in Arabien und Palästina 25 000 DM aufgebracht. 1953 gingen große Mengen an Geld- und Sachspenden in die Hochwassergebiete

Hollands. Ein Jahr später wurden 85 000 DM für den Wiederaufbau zerstörter Kirchen im Erdbebengebiet Griechenlands zur Verfügung gestellt. Es ist geplant, die Hilfeaktion aus Deutschland vor allem auch nach Asien auszudehnen. Die ungarische Kirche erhält theologische Literatur, und mit der russisch-orthodoxen Kirche in der Sowjetunion wurde außer einer Literaturhilfe ein Studentenaustausch beschlossen.

Churchill kommt nach Aachen

Zur Entgegennahme des Karls-Preises

Aachen (AP/DPA). Der frühere britische Premierminister Sir Winston Churchill will am 10. Mai im nächsten Jahr nach Aachen kommen, um dort den ihm 1955 verliehenen internationalen Karls-Preis entgegenzunehmen. In einem Schreiben an den Aachener Oberbürgermeister Heusch teilt Churchill mit, daß er bereit sei, zu Christi Himmelfahrt in die Kaiserstadt zu kommen, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten.

Der nach Karl dem Großen benannte Preis, der 1950 von Aachener Bürgern gestiftet wurde, wird alljährlich am Himmelfahrtstag im historischen Kaisersaal des Aachener Rathauses einer um die Einigung Europas besonders verdienten Persönlichkeit feierlich überreicht. Bisher erhielten ihn der Vorkämpfer der Pan-Europa-Idee, Dr. Coudenhove-Kalergi, der Leiter des Europa-Kollegs in Brügge, Hendrik Brugmans, der inzwischen verstorbene italienische Ministerpräsident de Gasperi, der frühere Präsident der Montanunion, Monnet, und Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Für Paßzwang-Aufhebung

Bonn (Eigenmeldung). Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages tritt einstimmig dafür

Kein Kontakt mit Satelliten

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung will vorläufig keine diplomatischen Beziehungen zu den übrigen Ostblockstaaten außer der Sowjetunion aufnehmen. Wie von zuverlässiger Seite verlautete, würden entsprechende Angebote Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Rotchinas, wenn sie offiziell erfolgten, von der Bundesregierung abgelehnt werden.

Die Sowjetunion nimmt nach Auffassung des Auswärtigen Amtes insofern eine Sonderstellung ein, als sie zu den vier Mächten gehört, von denen die Wiedervereinigung Deutschlands abhängt.

ein, daß der Paßzwang für Deutsche, die ins Ausland reisen, und für Ausländer, die Deutschland besuchen, aufgehoben wird. Auf Antrag der SPD hat der Ausschuß dem Bundestag empfohlen, die Bundesregierung aufzufordern, mit einzelnen Staaten Abkommen zu schließen, um den Paßzwang aufzuheben. Falls dies nicht in angemessener Zeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschieht, soll die Bundesregierung einseitig von sich aus auf den Paß verzichten.

Kirche wird Einheit unaufhörlich fordern

Berlin (Eigenmeldung). Zu Beginn der Provinzialsynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg hat Bischof D. Dibelius in seinem Rechenschaftsbericht auch zur politischen Lage Stellung genommen. Als entscheidende Frage für unser Vaterland stellte er die der Wiedervereinigung heraus. Er sagte, die Kirche werde die Wiedervereinigung in Gottes Namen unaufhörlich fordern, selbst wenn der Fall eintreten sollte, daß die Politiker von der Wiedervereinigung schweigen, weil sie sie für unerreichbar halten.

Verhandlungen über Botschafteraustausch

Bonn (Eigenmeldung). In diesen Tagen werden voraussichtlich in Paris zwischen den Botschaften der Bundesrepublik und der Sowjetunion die vorgesehenen Besprechungen über die Errichtung einer deutschen Botschaft in Moskau und einer sowjetischen Botschaft in Bonn eröffnet. Die Verhandlungen sollen von den beiden Botschaftern Winogradow und von Maltzan geführt werden. Es geht in erster Linie um eine Vereinbarung über die Größe der beiden Botschaften.

Scheinamateure in der Sowjetzone

Sportler mit Aktivistengehältern — Leistungssteigerung durch Drill

Die „Spitzensportler“ der Sowjetzone, wie die offizielle Bezeichnung für die Sportelite im SED-Parteiorgan lautet, sind keine Amateure, sondern üben die sportliche Betätigung als bezahlten Beruf aus. Über diese getarnten Professionals und die Methoden, nach denen deren Übergang vom Amateur zum Sportler mit festem Gehalt insgeheim vollzogen wird, machte ein dieser Tage nach Westberlin geflüchteter Abteilungsleiter im sowjetzonalen Ministerium für Gesundheitswesen aufschlußreiche Mitteilungen.

Da fiel zum Beispiel im Eishockey der junge Erich S., der zunächst in einem Betriebsverein einer Bauunion spielte, als besondere Sportbegabung auf. Infolgedessen erfolgte mit Jahresbeginn seine Versetzung zum E.A.W. (Elektro-Armaturen-Werk) J. W. Stalin in Ostberlin, damit er in die Eishockey-Abteilung des dortigen Sportklubs „Motor“, der zur Oberklasse gehört, eintreten konnte. Gleichzeitig wurden vier weitere Spieler von anderen Firmen ebenfalls an „Motor“, den Spitzensportklub der Metallarbeiter, versetzt.

Als Werksangehörige getarnt

Sämtliche Spieler der ersten Mannschaft von „Motor“ werden als Werksangehörige voll bezahlt, ohne daß sie in der Fabrik nur einen Handschlag zu verrichten haben. Sie erhalten 600 bis 800 Mark monatlich, das Durchschnittseinkommen eines Aktivisten im Werk. Während der Saison, die vom September bis Ende März dauert, müssen die Eishockeyspieler jeden Morgen um acht Uhr in der Ostberliner „Werner-Seelenbinder-Halle“ zum Training auf dem Eis erscheinen. Das dauert zunächst zwei Stunden. Danach folgen Geländemärsche und Sportübungen. Um 12.30 Uhr müssen sie dann im Werk zum Mittagessen in der Betriebskantine sein, und das ist auch die einzige Verbindung dieser Scheinamateure mit ihrer „Arbeitsstätte“. Am Nachmittag sind sie nämlich wieder beim Training in der Seelenbinder-Halle, erhalten Massage und gehen auf andere Sportplätze. So geht es alle sechs Wochentage. Außer zum täglichen Mittagessen erscheinen die Eishockeyspieler vom Sportklub „Motor“

nur noch zweimal monatlich im Werk, nämlich an den Wochentagen, um sich ihren Lohn abzuholen.

Schriftliche Verträge mit den Spitzenspielern werden generell vermieden. Alle Abmachungen erfolgen nur mündlich, um nach außen die Fassade des Amateursports aufrechtzuerhalten und keine belastenden Papiere aus der Hand zu geben. Außer ihrem guten Lohn erhält die sowjetische Sportelite auch laufend Lebensmittelgaben, zum Beispiel zwei Pfund Butter pro Woche und erstklassige Würste, um die Aktiven körperlich in bester Verfassung zu halten.

Nach dem gleichen System sind sämtliche Eishockey-Klubs der sowjetzonalen Oberliga organisiert, und zwar außer „Motor“ die beiden Klubs der Kaserierten Volkspolizei „Dynamo Berlin“ und „Dynamo Weißwasser“, „Wismut“ Chemnitz, der Klub des Ostberliner Magistrats, „Einheit Berlin“, der Klub der Metall- und Kohlenindustrie, „Motor Zwickau“, und der inzwischen wegen Mangels guter Spieler aufgelöste Klub „Turbine Crimmitschau“.

Auf Grund einer Sportentschließung des SED-Zentralkomitees wacht das Staatliche Komitee für Sport und Körperkultur darüber, daß die bisher noch unbefriedigenden Sportergebnisse mit Hilfe dieses Systems, das aus Amateuren binnenum kurzem Berufssportler macht, ständig gesteigert werden.

Im Eishockey hofft man bis zum Ende dieses Jahres das Sportniveau der Bundesrepublik erreicht zu haben. Erst dann dürfen auch Spiele mit erstklassigen Vereinen des Westens stattfinden, während bisher die Vorschrift lautet, sich auf harm-

lose „Freundschaftsspiele“ zu beschränken.

Ulbricht kontrolliert

Der erste SED-Sekretär, Walter Ulbricht, der ein eifriger und für sein Alter gar nicht schlechter Sportler ist, kontrolliert laufend die Arbeiten des Staatlichen Komitees für Sport und Körperkultur. Ulbricht hat auch veranlaßt, daß zur Vorbereitung der Olympischen Spiele unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Man steckt jede nur denkbare Summe in die Ausbildung hoffnungsvoller Amateure. Manchmal erreicht man mit allzu vielem Geld aber gerade das Gegenteil. So war es der Fall mit dem Amateurboxmeister im Mittelgewicht Ulli Nitschke (Halle). Um dort zu studieren, erhielt Nitschke nach den Angaben des geflüchteten Abteilungsleiters ein monatliches Stipendium von 3000 Mark. Die Folge war, daß er schwer zu trinken und zu rauchen begann, sein Geld in nächtlichen Vergnügungen ausgab und stark an Form verlor, bis dem Boxmeister die hohe Staatshilfe wieder gestrichen wurde.

Berlin muß stark bleiben

Berlin (Eigenbericht). Der Vorsitzende der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Krone, betonte in Berlin die Verbundenheit der Bundesrepublik mit der alten Reichshauptstadt und sagte: „Wir wollen weiter helfen, daß Berlin stark bleibt.“ Dr. Krone gab dann der deutschen Genugtuung über die Rückkehr der Kriegsgefangenen Ausdruck.

In diesem Zusammenhang richtete er an die verantwortlichen Stellen der sowjetischen Besatzungszone den dringenden Appell, nun auch in der Zone die aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten freizugeben. Er sagte dabei, dieses Land und dieses Volk werden nie kommunistisch werden. Aber das sei kein Grund, die Forderung der Menschlichkeit zu überhören und diesen politischen Häftlingen die Freiheit zu versagen.

Vergebliches Werben um Heimkehrer

Entlassene sollen vor den Propagandakarren der NDPD

Seit die Heimkehrer-Transporte aus der Sowjetunion über Frankfurt/Oder rollen, entwickelt die „Nationaldemokratische Partei“ der Sowjetzone eine hektische Aktivität. Mitglieder des Hauptausschusses und ein Schwarm ehemaliger Offiziere des „Nationalkomitees“ stürzen sich auf die in der Zone beheimateten Rückkehrer, um sie vor ihren Propagandakarren zu spannen. Die Mehrzahl überfällt man mit dem für sie befremdlichen Argument: „Wir sind die Partei der ‚kleinen Nazis‘ und anständigen deutschen Offiziere. Wir haben immer für Eure Freilassung plädiert!“

Tatsächlich hat die NDPD auf ihrem V. Parteitag eine in der Parteipresse wohlweislich nicht veröffentlichte Erklärung abgegeben, wonach sie die „gerechte Bestrafung aller Kriegsverurteilten unter den ehemaligen deutschen Soldaten und Offizieren“ gutheißt und sogar unterstreicht. Auf dem jetzt abgeschlossenen VI. Parteitag machte die NDPD eine Schwenkung um vorerst 90 Grad: Das Arbeitsziel sei die Gewinnung aller ehemaligen Offiziere für den Gedanken einer „demokratischen Wiedervereinigung“ und einer neutralen Nationalarmee. Die Frage der Kriegsverurteilten sei „nach Billigkeit und in Anbetracht einer gewissen Bewährung“ zu lösen. Man hat das in der offiziellen Erklärung anders formuliert, aber auf dem Parteitag selbst fielen sehr aufschlußreiche Worte darüber.

Es gibt keine innerparteilichen Erhebungen über die Zahl der ehemaligen hauptamtlichen NSDAP-Funktionäre in der NDPD-Mitgliedschaft. Obwohl es ein leichtes wäre, diese Zahl zu recherchieren, hat man es wohlweislich unterlassen. Man geht dabei nicht von dem Gedanken einer nun gerechterweise fälligen Beendigung der Entnazifizierung aus, sondern verwendet das Argument „Nazi“ nach Bedarf. Denn im Grunde genommen haben die Hintermänner der NDPD nie etwas gegen die Nazis gehabt, wenn sie nur ihre Verbündeten gewesen wären.

So ist es zu verstehen, daß man auch jetzt den nationalsozialistischen Belasteten unter den Heimkehrern besondere Brücken zu bauen versucht. Man spekuliert dabei auf deren eventuellen Einfluß auf rechtsradikale Einzelgänger in der Bun-

desrepublik, die man in bewährter Weise in das kommunistische Lager zu ziehen sucht. Man ging in diesem Fall so weit, daß man den in Aussicht Genommenen erklärte: „Wir fühlen doch genau

Bundespräsident in Friedland

Auch Repräsentanten der Kirchen begrüßen Heimkehrer

Friedland (AP/DPA). Das Grenzdurchgangslager Friedland hat am Dienstag wieder einen großen Tag gehabt. Ein Heimkehrertransport, es war der 19. seit Beginn der sowjetischen Entlassungsaktion, brachte 599 Zivilinternierte und ehemalige Soldaten wieder nach Deutschland. Zu ihrem Empfang hatte sich Bundespräsident Professor Heuss eingefunden, um ihnen „ein herzliches Willkommen“ der Heimat zu entbieten. Gleichzeitig überbrachte Heuss den Heimkehrten die Grüße des erkrankten Bundeskanzlers.

Als Vertreter der Kirchen begrüßten der Kölner Erzbischof Kardinal Frings und der evangelische Bischof von Oldenburg, Jacobi, die Heimkehrten. Der Kardinal überreichte der Caritas in Friedland eine persönliche Spende von 10 000 DM zur Einkleidung der Heimkehrer. DRK-Präsident Weitz rief den Heimkehrern ein „herzliches Glückauf“ zu.

Der Bundespräsident sagte, daß alle Heimkehrer der Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes gewiß sein könnten, dessen Aufgabe es jetzt sei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den Zurückgekehrten die Wiedereingliederung in die Gemeinschaft erleichtert wird. In seiner oft von jubelndem Beifall unterbrochenen Ansprache sagte Heuss, er wisse zwar, daß die Heimkehrer die hinter ihnen liegenden schweren Jahre nie vergessen werden, aber der sei der

wir ihr! Was heißt hier SED? Wir tragen unsere Orden und Ehrenzeichen nur unterm Rockaufschlag!“ Schließlich spekuliert man darauf, daß der Betreffende den absoluten Charakter der NDPD als SED-Tarnorganisation nicht kennen kann.

Viel Erfolg hat die NDPD vorerst nicht dabei. Die Mehrzahl der Heimkehrer sind jahrelang unschuldig gefangengehaltene Soldaten und Offiziere, die von „Antifa“ und „Nationalkomitee“ ihre eigene Meinung haben. Und die wenigen, auf die die von der NDPD gesuchte Klassifizierung zutreffen könnte, sind nachhaltig bekehrt von jeder totalitären Agitation.

„richtige Heimkehrer“, der sie irgendwann seelisch überwinden kann. Nach seiner Ansprache unterhielt sich der Bundespräsident mit mehreren Heimkehrern und erkundigte sich nach den privaten Verhältnissen jedes einzelnen.

Kardinal Frings sagte, die christliche Heimat habe täglich für die Entlassung der Kriegsgefangenen gebetet und den Segen Gottes erfleht. Unter dem stürmischen Jubel der Heimkehrer dankte Bischof Jacobi dem Bundeskanzler für seine Bemühungen um die Entlassung der Gefangenen.

Vergessene Dörfer

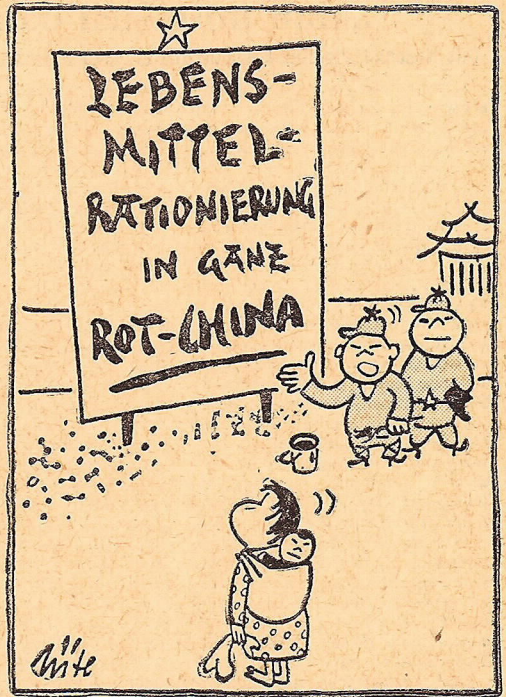
Berlin (Eigenmeldung). Während in Westberlin die große Industrieausstellung wieder einmal zeigte, wie das letzte Dorf von der Technik erschlossen worden ist, muß die SED in der Zone eine Untersuchungskommission einsetzen, die das Versagen des „Landhandels“ überprüfen soll. Die Aufgabe dieser Kommission ist mehr demonstrativer als nutzbringender Art: Sie soll ergründen, warum die Mehrzahl aller sowjetzonalen Dörfer noch heute nicht an das Verkaufsnetz von HO und Konsum angeschlossen sind. Warum die Leute aus den thüringischen Dörfern bis nach Weimar, Erfurt oder gar Berlin fahren müssen, um sich Dinge zu kaufen, die sich der westdeutsche Bauer mit Telefonanruf oder Postkarte laut Katalog bestellt,

„Untreue“ der Intelligenz

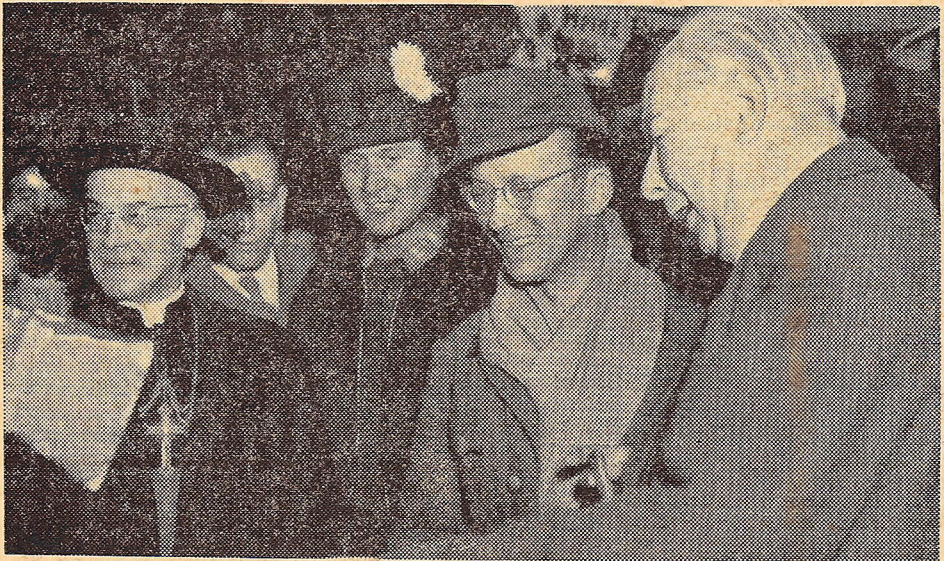
Das „Neue Deutschland“ klagt spaltenlang über die Untreue der Intelligenz, die in der „Republikflucht“ zum Ausdruck komme. Ganz grobes Geschütz wird aufgeföhren, um die „verwerfliche“ Haltung zu kennzeichnen: Sie ist gewissenlos, gleichbedeutend mit der Unterstützung des „Todfeindes des deutschen Volkes“. Der Staat werde gegen alle Versuche der „Abwerbung“ mit den schärfsten Mitteln vorgehen.

Abwerbung? Ja, „amerikanische und englische Geheimdienste“ sind es wieder, die im Verein mit westdeutschen Firmen Ingenieure, Konstrukteure und Techniker aus den volkseigenen Betrieben der Sowjetzone sowie Wissenschaftler aus den Forschungsinstituten mit der Verheißung einer gesicherten Zukunft „abwerben“. Dabei liegt doch, wie Chruschtschow bescheinigt hat, die schöne Zukunft des deutschen Volkes in der DDR...

Offengestanden, wir verstehen dieses Lamento nicht. Wenn in der Sowjetzone von westlichen Intriganten die Intelligenz „abgeworben“ wird, — warum eigentlich zahlt dann Pankow nicht mit gleicher Münze heim? Die beste Antwort auf diese Frage liegt in einer Feststellung George Kennans, der dieser Tage in Berlin erklärte, die leninistisch-stalinistische Lehre sei heute ungefähr das Rückständigste, was es auf dieser Welt an sozialpolitischen Anschauungen gebe.



„Jetzt sind wir eine richtige Volksrepublik!“



DAS BILD DER WOCHE: Bundespräsident Heuss (rechts) und Kardinal Frings (links) bei den Heimkehrern in Friedland.

„Man muß sich damit abfinden . . .“

Otto Nuschke, die Jugendweihe und ein sehr fortschrittlicher Kandidat der medizinischen Wissenschaft

Mittler zu sein ist immer schwierig. Zumal dann, wenn man nicht dazu berufen ist, selbst nicht auf neutralem Boden steht, sondern wie Otto Nuschke, Chef der sogenannten CDU der Sowjetzone und deren Stellvertreter Ministerpräsident, ein Angegriffener ist. In einer Sonntagsausgabe der „Neuen Zeit“ äußert er sich zum Thema Jugendweihe. So erfährt man von einer Zwiesprache, die auf seine Anregung hin und in seiner Gegenwart zwischen Bischöfen und zwei Vertretern der SED stattgefunden haben soll.

In diesem Zwiesgespräch, das Nuschke als einen „guten Anfang zur Entspannung der Situation“ bezeichnet, hätten die Anhänger der Jugendweihe erklärt, daß nicht die Absicht bestehe, den jugendlichen Teilnehmern an der Weihe ein Bekenntnis zum Materialismus abzuverlangen. Den Schülern würden bei Ablehnung der Jugendweihe auch keine Nachteile bei Versetzungen drohen.

Die christliche Bevölkerung der Sowjetzone wird sich in ihrer religiösen Not kaum auf diese indirekte Mitteilung von Otto Nuschke berufen können; in der Praxis wurde bisher eine andere Sprache gesprochen. So bekommt Nuschkes „Wort zum Frieden“ eine zwiesgesichtige Tendenz. Er kauft den Intoleranten ohne Einschränkung das Versprechen zur Toleranz ab, diejenigen aber, zu deren Glaubensbekenntnis die Toleranz gehört, glaubt er, ermahnen zu müssen: „Die Kirchen müssen sich die Frage vorlegen, ob es christlicher Auffassung entspricht, wenn man Eltern und Kinder durch Androhung von Kirchenstrafen zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht nötigt.“

Über die furchtbare Gewis-

sensnot christlicher Existenz in der Sowjetzone wischen diese Worte oberflächlich hinweg. Nuschkes Darlegungen erhalten eine besondere Pointe dadurch, als sie die „bündige Versicherung“ der SED-Vertreter mitteilen, „daß auch sie bemüht sein würden, jeder Verunglimpfung der christlichen Religion zu wehren“. Am gleichen Tag, an dem sich diese Zeilen in der „Neuen Zeit“ finden, erscheint im „Neuen Deutschland“, dem Parteiorgan der SED, ein halbseitiger Artikel, der unter dem Titel „Medizin und Religion“ die Unvereinbarkeit des christlichen Glaubens mit den Erkenntnissen der sowjetischen Wissenschaft formuliert. Da proklamiert der Verfasser L. O. Kanewski, Kandidat der medizinischen Wissenschaften: „Die sowjetische Medizin ist bestrebt, die Leiden erkrankter Menschen zu lindern.“ Ganz entgegengesetzte Ansichten aber vertreten die Anhänger religiöser Glaubensbekenntnisse: „Sie verherrlichen körperliche Leiden und sehen in ihnen die Erfüllung des ‚Willens Gottes‘. Der Schmerz darf nicht besiegt werden, er reinigt den Körper und rettet die Seele, lehrt die Religion.“ So sei es auch kein Zufall, daß zum Beispiel Diener der Kirche gegen die Anwendung verschiedener schmerzlindernder Mittel bei Entbindungen auftraten. Alle diese „Hirngespinnste“ aber seien von der sowjetischen Wissenschaft widerlegt.

Der Verfasser hätte sich mit dem Besuch in einem von christlichen Kräften besorgten Krankenhaus begnügen können, um zur Erkenntnis seiner eigenen „Hirngespinnste“ zu gelangen. Die Lektüre der Bergpredigt oder des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter können

wir ja kaum von ihm verlangen.

Wichtig bleibt dieser Artikel nur als Schlaglicht auf das zwielichtige Bemühen Otto Nuschkes. „Als Partei sind wir, unbeschadet unserer grundsätzlichen, christlichen Einstellung, für Toleranz“, hat Otto Nuschke festgestellt. Was aber heißt hier „unbeschadet“ und was „grundsätzlich“? Das Orakel von Delphi hätte sich nicht zweideutiger ausdrücken können. „Unbeschadet“ kann hier doch nur heißen, wendet man das Wort auf die Jugendweihe an, daß diese sich mit der christlichen Einstellung Otto Nuschkes wohl vereinbaren läßt. Das ist keine Überraschung; denn sein Christentum kennzeichnet er durch das Attribut „grundsätzlich“. Womit also gesagt ist, daß man gegebenenfalls sein Bekenntnis den Zielen der jeweiligen Machthaber angleichen kann.

„Mittler zu sein ist“, wie Nuschke schreibt, „immer schwierig. Man macht es weder der einen noch der anderen Seite recht. Aber“, so fährt er fort, „damit muß man sich abfinden.“

Heute ist die Jugendweihe. Und morgen?

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.